



## Nötig ist eine nationale Kraftanstrengung

Trotz der Maßnahmen, die Bund und Länder vor zwei Wochen vereinbart haben, steigt die Zahl der Infektionen mit dem Coronavirus (SARS-CoV-2) inzwischen in nahezu allen Regionen Deutschlands mit exponentieller Dynamik an. Dies hat dazu geführt, dass bereits in zahlreichen Gesundheitsämtern eine vollständige Kontaktnachverfolgung nicht mehr gewährleistet werden kann, was wiederum zu einer beschleunigten Ausbreitung des Virus beiträgt. Aktuell verdoppeln sich die Infiziertenzahlen etwa alle sieben und die Zahl der Intensivpatienten etwa alle zehn Tage. Deswegen sind härtere Maßnahmen nötig, die die Bundeskanzlerin gemeinsam mit den Ministerpräsidenten beschlossen hat:

- Wichtigste Maßnahme in der kommenden Zeit wird es sein, Abstand zu halten und **Kontakte zu verringern**. Die Bürgerinnen und Bürger werden angehalten, die Kontakte zu anderen Menschen außerhalb der Angehörigen des eigenen Hausstands auf ein absolut nötiges Minimum zu reduzieren.
- Der Aufenthalt in der Öffentlichkeit ist daher ab sofort nur mit den Angehörigen des eigenen und eines weiteren Hausstandes gestattet, jedoch in jedem Fall mit maximal 10 Personen (**Kontaktbeschränkungen**).
- Bürgerinnen und Bürger werden aufgefordert, generell auf nicht notwendige **private Reisen** und Besuche - auch von Verwandten - zu verzichten. Übernachtungsangebote im Inland werden nur noch für notwendige und ausdrücklich nicht touristische Zwecke zur Verfügung gestellt.
- Institutionen und **Einrichtungen, die der Freizeitgestaltung zuzuordnen sind**, werden geschlossen. Dazu gehören unter anderem Theater, Kinos, Freizeitparks, Spielhallen, Bordelle, Fitnessstudios und ähnliche Einrichtungen, der Freizeit- und Amateursportbetrieb auf und in allen öffentlichen und privaten Sportanlagen - mit Ausnahme des Individualsports allein, zu zweit oder mit dem eigenen Hausstand.
- **Schulen und Kindergärten** bleiben offen. Die Länder entscheiden über die erforderlichen Schutzmaßnahmen.
- **Veranstaltungen**, die der Unterhaltung dienen, werden untersagt. Profisportveranstaltungen können nur ohne Zuschauer stattfinden.
- **Gastronomiebetriebe** sowie Bars, Clubs, Diskotheken, Kneipen und ähnliche Einrichtungen werden geschlossen. Ausnahmen sind die Lieferung und Abholung mitnahmefähiger Speisen für den Verzehr zu Hause, sowie der Betrieb von Kantinen.
- **Dienstleistungsbetriebe im Bereich der Körperpflege** wie zum Beispiel Kosmetikstudios und Massagepraxen werden geschlossen. Medizinisch notwendige Behandlungen, zum Beispiel Physio-, Ergo- und Logotherapien sowie Podologie/Fußpflege bleiben weiter möglich. Friseursalons bleiben geöffnet.
- Der **Groß- und Einzelhandel** bleibt unter Auflagen insgesamt geöffnet. Für die von den temporären Schließungen betroffenen Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen wird der Bund eine **außerordentliche Wirtschaftshilfe** gewähren, um sie für die finanziellen Ausfälle zu entschädigen.
- Der Bund wird die bestehenden **Hilfsmaßnahmen für Unternehmen** verlängern und die Konditionen für die hauptbetroffenen Wirtschaftsbereiche verbessern (Überbrückungshilfe III). Dies betrifft zum Beispiel den Bereich der Kultur und Veranstaltungswirtschaft und die Soloselbstständigen.
- Auch in der Pandemie wollen wir in Industrie, Handwerk und Mittelstand **sicheres Arbeiten** möglichst umfassend ermöglichen. Die Arbeitgeber haben eine besondere Verantwortung für ihre Mitarbeiter, um sie vor Infektionen zu schützen. Bund und Länder fordern die Unternehmen eindringlich auf, jetzt wieder angesichts der hohen Infektionszahlen, wo immer dies umsetzbar ist, **Heimarbeit oder mobiles Arbeiten zuhause zu ermöglichen**.
- Regelungen zum Schutz besonders **vulnerabler Gruppen** dürfen nicht zu einer vollständigen sozialen Isolation der Betroffenen führen.
- Bund und Länder werden die **Kontrollen zur Einhaltung der Maßnahmen** flächendeckend verstärken.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



wir befinden uns in einer dramatischen Lage. Sie betrifft uns alle gleichermaßen, niemand ist ausgenommen. Es erfordert jetzt eine enorme Kraftanstrengung von uns allen, unser Land gemeinsam aus dieser Krise herauszuführen. Deshalb hat die Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am Mittwoch Maßnahmen beschlossen, die einschneidend sind - und wehtun. Den Menschen und der Wirtschaft. Aber sie sind wichtig und richtig. Es ist das Gebot der Stunde, unsere sozialen Kontakte auf ein Minimum zu beschränken. Es geht um unseren eigenen Schutz und den Schutz derer, die uns lieb und teuer sind. Wir alle müssen zurückstehen und Rücksicht nehmen, um die Infektionszahlen auf ein niedriges Niveau zu drücken. Jetzt ist die Zeit, miteinander und füreinander einzustehen. Wir alle müssen unsere ganz persönlichen Bedürfnisse zurückstellen. Für jeden bedeutet das etwas anderes - ob es das gesellige Glas Bier mit Freunden in der Bar ist, ein Kinobesuch, der Wochenend-Trip oder das Auspowern im Fitnessstudio. All das gehört zu unserem Leben und macht das Leben lebenswert. Doch das alles ist für eine gewisse Zeit verzichtbar, wenn wir sehen, wofür wir verzichten. Es geht um den Schutz der besonders Schutzbedürftigen in unserer Gesellschaft, die Älteren und Kranken. Aber auch jeder Einzelne ist gefährdet. Das Virus ist heimtückisch und niemand vor einem schweren Verlauf gefeit.

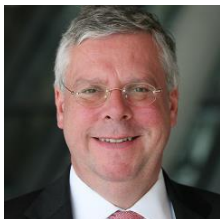
Bund und Länder haben Regelungen beschlossen, die die Freiheitsrechte des Einzelnen stark einschränken. Darüber sind sich alle im Klaren. Doch wir machen das nicht aus Jux und Dollerei und das sollte uns ein Blick auf die Intensivbetten weltweit zeigen. Wir machen das, weil es zwingend erforderlich ist. Denn Freiheit heißt Verantwortung. Wer die Freiheitsrechte hingegen als absolut einfordert, macht sie damit zum Recht des Stärkeren. Doch wie unser Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus im Rahmen der Regierungserklärung am Donnerstag ganz richtig sagte: "Freiheit ist nicht nur die Freiheit der Starken und Jungen. Es ist auch die Freiheit der Schwachen und die müssen wir schützen". Dem kann ich mich nur anschließen. Die einzelnen Maßnahmen können Sie ausführlich in diesem Newsletter nachlesen. Ich wünsche Ihnen ein erholsames Wochenende. Bleiben Sie gesund!

Ihr

  
Reinhold Sendker MdB

## Deutschland steht zu seiner außenpolitischen Verantwortung

Nachhaltige Stabilisierung des Iraks ist im deutschen und europäischen Interesse



**Der Deutsche Bundestag wird am heutigen Donnerstag das Mandat zur Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des IS und der Ausbildung irakischer Streitkräfte erneuern. Hierzu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Hardt:**

„Vom Beschluss des Deutschen Bundestags geht ein ganz wichtiges Signal aus: Deutschland steht zu seiner außenpolitischen Verantwortung und wird den Irak auf seinem Weg zu Stabilität und Wiederaufbau auch weiterhin eng begleiten.“

Wir wollen die Reformagenda von Premierminister Al-Khadimi unterstützen und dafür sorgen, dass der Irak mehr und mehr für seine eigene Sicherheit sorgen und der Bevölkerung gerade in Corona-Zeiten eine ökonomische Perspektive bieten kann.

Gerade deshalb werden wir an unserem umfassenden Engagement festhalten, das den militärischen Beitrag unserer Soldatinnen und Soldaten in den Gesamtrahmen unserer Zusammenarbeit mit dem Irak einbettet. Hierzu gehört auch ein umfangreiches entwicklungspolitisches Engagement, Unterstützung beim Wiederaufbau und humanitäre Hilfe. Zudem ist Deutschland weiterhin diplomatisch im Rahmen der Anti-IS-Allianz prominent beteiligt.

Mit dem erneuerten Mandat bekennen wir uns zugleich klar zu unserer Bündnispolitischen Verantwortung. Das nunmehr laufende Mandat ermöglicht unseren Soldatinnen und Soldaten, in sehr viel größerem Umfang und mit größerer Flexibilität auch im Rahmen der NATO Mission im Irak tätig zu sein. Dies war immer ein Wunsch, den NATO-Generalsekretär Stoltenberg an uns herangebracht hat und für den die CDU/CSU-Fraktion eingetreten ist.

Mit der Luftbetankung durch die Bundeswehr, der deutschen Beteiligung an AWACS-Überwachungsflügen und dem von Deutschland betriebenen Luftüberwachungsradar bringt Deutschland weiter wichtige Hochwertfähigkeiten in die internationale Allianz zur Unterstützung des Iraks ein. Für uns als CDU/CSU-Fraktion steht fest: Dem Irak kommt eine Schlüsselrolle bei der Stabilisierung der gesamten Region zu. Die Stabilisierung des Iraks liegt somit im deutschen und europäischen Interesse. Wir wollen, dass auch der Irak an die positive regionale Dynamik anknüpfen kann, die sich durch die Annäherung Israels an wichtige Staaten der arabischen Welt eröffnet hat.“

*Foto: Katja-Julia Fischer*

## Entlastungen für Familien kommen

Alle Steuerpflichtigen profitieren davon ab 2021

Der Bundestag hat heute den Weg für das Zweite Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen sowie den Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen abschließend beraten.

Erneut verhindert die Union schleichende Steuererhöhungen durch die sogenannte kalte Progression. Die Anhebung der Freibeträge und die Verschiebung des Steuertarifs zu Gunsten der Steuerpflichtigen entlastet vom Azubi bis zum Unternehmer alle Steuerzahler. Es wird auch in den kommenden Jahren keine zusätzliche Belastung aufgrund der Inflationsentwicklung geben.

Zudem werden das Kindergeld und der Pauschbetrag für Menschen mit Behinderung deutlich erhöht. Gemeinsam mit der bereits beschlossenen Abschaffung des Solis für die allermeisten Menschen betragen die steuerlichen Entlastungen ab dem kommenden Jahr knapp 25 Milliarden Euro jährlich. Die Bürgerinnen und Bürger haben so mehr Geld in der Tasche - und das nutzt natürlich auch der Konjunktur.

Neben Investitionen in die Infrastruktur wie Kindergärten und Schulen werden in dieser Legislaturperiode besonders Familien finanziell stark entlastet. Mit der nun beschlossenen weiteren Erhöhung des Kindergeldes um 15 Euro und der Anpassung der Kinderfreibeträge setzen wir ein zentrales Anliegen des Koalitionsvertrages um.

Dazu haben wir aufgrund der Corona-Situation mit dem Familienbonus, der Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende und der Verlängerung des Baukindergeldes Familien in der Krise geholfen. Mit dem Starke-Familien-Gesetz wurde bereits zuvor eine Milliarde Euro in den Kinderzuschlag investiert.

Neben der steuerlichen Entlastung für Familien war es der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch ein zentrales Anliegen, endlich die Pauschbeträge für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und somit an die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre anzupassen. Auch hier hat die Unionsfraktion ein wichtiges Projekt des Koalitionsvertrags umgesetzt.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 16/2020,  
29. Oktober 2020

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck